

**Forderungen des bvh  
- Bundesverband des Deutschen Versandhandels e.V. -  
an die politischen Parteien  
anlässlich der Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag**

Version 1.0  
Berlin, 6. März 2013

**Ansprechpartner:  
RA Sebastian Schulz, Public Affairs | Datenschutz | Rechtspolitik**

Der Bundesverband des Deutschen Versandhandels e.V. (bvh) ist die Branchenvereinigung der Interaktiven Händler (d.h. der Online- und Versandhändler). Dem bvh gehören derzeit mehr als 330 Unternehmen an. Die Branche setzt aktuell jährlich im Privatkundengeschäft allein mit Waren rund 38 Mrd. Euro um. Der Onlinehandel hat daran einen Anteil von etwa 72 Prozent. Der jährliche Gesamtumsatz im Geschäft mit gewerblichen Kunden wird auf mindestens 8 Mrd. Euro geschätzt. Neben den Versendern sind dem bvh auch über 100 namhafte Dienstleister angeschlossen.

Das Internet ist in der unserer Gesellschaft ein unverzichtbarer Bestandteil des täglichen Lebens geworden. E-Commerce ist der Wachstumsmotor in der Handelslandschaft. Die Branche der Interaktiven (d.h. der Online- und Versand-) Händler schafft und sichert Beschäftigung für über 200.000 Menschen in Deutschland. Sie bewirkt Innovation und dient Verbraucherinteressen. Sie ist europäisch und international orientiert und steht für weltweiten Wettbewerb. Um die beispiellose Dynamik deutscher Unternehmen auch auf einem globalisierten Markt weiter zu befördern und dadurch Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern, bittet der bvh die politischen Parteien, sich im Wahljahr 2013 in den nachfolgend beschriebenen Bereichen im Sinne der Branche stark zu machen.

## **1. Harmonisierung des Europäischen Rechtsrahmens mit Augenmaß**

Der interaktive Handel ist wesentlich durch seinen auch grenzüberschreitenden Charakter gekennzeichnet. Die Harmonisierung von Rechtsetzung auf europäischer Ebene ist deshalb grundsätzlich zu begrüßen. Eine Vereinheitlichung gesetzlicher Rahmenbedingungen darf allerdings nicht zu einer Nivellierung auf einem nicht mehr vertretbaren Niveau führen. In Europa ansässige Unternehmen werden nur dann



weiterhin erfolgreich sein, wenn bereits bei der Weichenstellung auf europäischer Ebene die Erhaltung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen im internationalen Kontext als zentrales Anliegen verstanden wird.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, die Bundesregierung der 18. Wahlperiode dazu anzuhalten, für eine europäische Gesetzgebung mit Augenmaß einzutreten und gegen Überregulierung zu Lasten deutscher und europäischer Unternehmen im Rahmen europäischer Rechtsetzungsakte einzutreten.

## 2. Keine Übererfüllung europarechtlicher Vorgaben

In einem zusammenwachsenden Europa kommt dem Harmonisierungsgedanken eine tragende Bedeutung zu. Gleiche Regeln für alle Beteiligten und der Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt werden hingegen nur dann erreicht, wenn europarechtliche Vorgaben keine Übererfüllung durch den nationalstaatlichen Gesetzgeber erfahren.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, bei der Umsetzung von Vorgaben des europäischen Gesetzgebers keine Übererfüllung vorzunehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen weiterhin zu sichern.

## 3. Bedeutung des Mittelstands im Steuerrecht berücksichtigen

Die Branche des Interaktiven Handels ist facettenreich und geprägt durch unterschiedlichste Unternehmensgrößen. Zahlreiche Unternehmen sind nach wie vor inhabergeführt oder in Familienbesitz. Bei der Förderung des Mittelstands muss diesen Spezifika gesondert Rechnung getragen werden. Um das hohe Entwicklungs- und Innovationspotential im E-Commerce-Sektor voll auszuschöpfen, bedarf es vor allem im Bereich des Steuerrechts fairer Wettbewerbsbedingungen. Das Ausnutzen steuerrechtlich vorteilhafter Rechtsordnungen innerhalb Europas läuft einem freien qualitativ hochwertigen Wettbewerb zuwider und muss im Sinne eines funktionierenden Binnenmarktes verhindert werden. Betriebsübergänge sind der Besteuerung zu entziehen um Innovation und Arbeitsplätze zu sichern.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, im Bereich des Steuerrechts für faire Wettbewerbsbedingungen einzutreten, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern und um dem Entwicklungspotential Interaktiver Unternehmen Rechnung zu tragen.

#### 4. Reform des europäischen Umsatzsteuersystems

Das europäische Umsatzsteuersystem führt v.a. aufgrund der unterschiedlichen Steuersätze zu Wettbewerbsverzerrungen und wird den Anforderungen eines harmonisierten Binnenmarktes nicht mehr gerecht. Zudem unterliegt im Rahmen der sog. „Versandhandelsregel“ die Lieferung von Waren an Privatpersonen ab einer bestimmten Umsatzhöhe nicht der Umsatzsteuer im Ursprungsland sondern der im Bestimmungsland. Unternehmen müssen sich in solchen Fällen kostenintensiv und mit hohem bürokratischem Aufwand auch im Bestimmungsland umsatzsteuerlich registrieren.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, die Bundesregierung der 18. Wahlperiode dazu anzuhalten, auf europäischer Ebene für eine Harmonisierung der Vorgaben für einen innergemeinschaftlichen Warenverkehr, insbesondere von Vorschriften zur Rechnungslegung und weiteren formellen Anforderungen einzutreten. Zudem bedarf es einer Vereinheitlichung des Umsatzsteuersatzes und in Verbindung damit der Unterstützung des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Modells des One-Stop-Shops im Bereich Umsatzsteuer.

#### 5. Keine unnötige Verschärfung deutschen Datenschutzrechts

Die Reform des Bundesdatenschutzgesetzes im Jahr 2009 hatte bereits weitreichende Auswirkungen auf die betriebliche Praxis im Umgang mit Kundendaten. Eine weitere Verschärfung des Datenschutzrechts, insbesondere in den Bereichen Dialogmarketing und Bonitätsprüfung, würde die Möglichkeiten zur Kundenansprache und in der Folge Umsatzchancen deutscher Unternehmen abermals drastisch reduzieren. Die seit Januar 2012 laufende Reform des europäischen Datenschutzrechtsrahmens muss sich an deutschem Datenschutzrecht orientieren und darf zur Wahrung von Wettbewerbsgleichheit im internationalen Kontext nicht darüber hinausgehen.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, sich auf nationaler Ebene gegen weitere Restriktionen im Datenschutzrecht zu Lasten der datenverarbeitenden Wirtschaft auszusprechen. Auf europäischer Ebene darf die laufende Harmonisierungsverfahren nicht zu einer Verschärfung deutschen Rechts führen.

#### 6. Vereinfachung von Informationspflichten

Interaktive Händler sehen sich heute kaum mehr überschaubaren Anforderungen an die Information des Verbrauchers ausgesetzt. Einzelne Verpflichtungen aus unterschied-

lichen Rechtsgebieten, z.B. dem E-Commerce- und Datenschutzrecht, belasten Unternehmen unverhältnismäßig, ohne beim Verbraucher einen Mehrwert zu erzielen.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene einer weiteren Ausdehnung von Informationspflichten entgegen zu treten. Statt einer weiteren Aufblähung und Verkomplizierung bedarf es einer Zusammenführung und Vereinfachung bestehender Informationspflichten.

## 7. Wettbewerb der Bezahlverfahren erhalten

Bei der Regulierung des Banken- und Kapitalmarktsektors auf europäischer Ebene müssen die Interessen von Unternehmen und Verbrauchern angemessen berücksichtigt werden. Die Bedeutung einzelner Bezahlverfahren darf nicht zu Gunsten anderer abgewertet werden. Eine Regulierung in anderen politischen Bereichen darf nicht zu einer mittelbaren Diskriminierung etablierter Bezahlverfahren führen.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, die Bundesregierung der 18. Wahlperiode dazu anzuhalten, dass von der Europäischen Kommission keine Entscheidungen getroffen werden, die einzelne Bezahlverfahren gegenüber anderen rechtlich oder faktisch benachteiligen oder wodurch einzelne Bezahlverfahren gänzlich vom Markt verdrängt werden.

## 8. Einrichtung eines ständigen Ausschusses Internet und Digitale Wirtschaft im Deutschen Bundestag

Das Internet hat in vielen gesellschaftlichen Bereichen zu weitreichenden Veränderungen geführt. Moderne Formen der Kommunikation und Interaktion schaffen fortwährend neue Möglichkeiten und sind zu tragenden Säulen eines innovativen Handels geworden. Politisches Handeln muss der digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken und die Chancen und Möglichkeiten der digitalen Gesellschaft vor allem auch unter wirtschaftspolitischen Aspekten deutlicher herausarbeiten.

Der bvh fordert die politischen Parteien auf, im Rahmen der Einrichtung der ständigen Ausschüsse des 18. Deutschen Bundestages einen Unterausschuss Internet und Digitale Wirtschaft beim Wirtschaftsausschuss einzusetzen.